

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bestandsaufnahme nach 20 Jahren Behörde der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt.

Am 18. August 1993 beschloss der Landtag in Sachsen-Anhalt das Ausführungsgesetz zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (AG StUG LSA). 1994/1995 nahm die Behörde mit der ersten Landesbeauftragten Frau Edda Ahrberg ihre Arbeit auf.

Als ich vor fast einem Jahr-am 4. April 2013 meinen Dienst in der Behörde antrat, fand ich eine ganze Geschichte der Aufarbeitung in Sachsen-Anhalt vor.<sup>1</sup>

Im folgenden 4 Einsichten und 8 Aufgaben ausgewählt

### 1. 20 Jahre LStU: Einsichten

Was hatte man lernen können über die größte Geheimpolizei der Welt gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung (nach Jens Giesecke kamen auf 77 DDR-Bürger ein Polizist oder Mitarbeiter der Staatssicherheit, 1989 hatte die Stasi ca. 91.000 hauptamtl. Mitarb. und 173.000 IM)?

1. Man hatte lernen können, wie eng die Staatssicherheit an die Partei gebunden war, das Verhältnis zur Direktive aus Moskau, die große Macht und den Einfluss in den Untersuchungshaftanstalten, die operative Psychologie, mit der Menschen beeinflusst und zersetzt wurden. Deshalb musste in den vergangenen Jahren der Blick stärker auf die Gesamtheit des Diktatur-Systems gerichtet werden; **die Staatssicherheit wurde zunehmend als ihr Werkzeug eingeordnet.**–  
*Motivation für Impuls zur Umbenennung der Behörde*
2. Aus dem Stasiunterlagengesetz und im Umgang damit auf Landesebene kann man lernen, dass eine Bevölkerung sehr wohl verantwortlich mit Geheimdienstunterlagen und mit Mitarbeitenden eines verhassten und endlich aufgelösten Geheimdienstes umgehen kann. Auch die Möglichkeit, dass Verantwortliche in Publikationen und Ausstellungen offen beim Namen genannt werden können, gehört dazu. Bis heute gibt es ein ungebrochenes Interesse an der Aufklärung und an Informationen. Im vergangenen Jahr stellten ca. 8000 Menschen AES Anträge, mit den MA der LStU gab es 2013 ca. 1600 Gespräche mit Beratungsaspekt.<sup>2</sup>
3. Die Einrichtung der Behörde der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen war vor 20 Jahren eine Antwort auf eine immer noch neue historische Situation: die Menschen wollten rehabilitiert werden, verstehen, aufklären und nicht ad acta legen. Die strafrechtliche Verfolgung ehemaliger Verantwortlicher fiel milde aus. Der Wunsch nach Aufarbeitung blieb. Dies lässt sich verstehen aus der nicht vorhandenen Öffentlichkeit in der DDR. Zu lange war zu vieles verschwiegen worden: die Massenvergewaltigungen der Roten Armee<sup>3</sup>, die sowjetischen Militärtribunale, die Verfolgung von Sozialdemokraten, Christen, Zeugen Jehovas, anders Denkender, Schüler, Ausreisewilliger.... Die meisten Menschen haben in ihrer Familie, in ihrer Biografie eine Geschichte, die erst seit 1989 offen erzählt werden kann. Sei es eine Geschichte von Betroffenen oder von Verantwortlichen. Die Behörde des Bundes- und der Landesbeauftragten, die Opferverbände, die Archive haben hier viel beigetragen und werden diese Aufgabe noch lange wahrnehmen: zur

---

<sup>1</sup> In dieser Behörde war in den vergangenen 19 Jahren geforscht worden, im gesetzlichen Auftrag der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweisen der Staatssicherheit.

<sup>2</sup> Die aktuell ca. 40 Forschungsprojekte in unserer Behörde geben davon ein beredtes Zeugnis. Auch die Arbeiten von Herrn Mielke beim Bürgerkomitee, der sich mit der Verflechtung der Staatssicherheit und dem Gesundheitswesen befasst, werden intensiv öffentlich wahrgenommen.

<sup>3</sup> (geschätzt 1,9 Millionen aus denen allein in den neuen Bundesländern mindestens 60.000 hervorgehen von denen etwa 50 % von ihrer Herkunft wissen)

Klärung von Biografien beitragen. Die Aufarbeitung der Vergangenheit zu der Zeitzeugenberichte und Forschung gehören, legt Zeugnis ab von Repression aber auch von Opposition und Widerstand.

4. Die Landesbeauftragte für Stasiunterlagen ist Ansprechpartnerin auch für die ehemaligen Mitarbeitenden der Staatssicherheit. Damit wurde eine Behörde geschaffen, die ehemals Betroffenen hilft, ihre Rechte wahrzunehmen und berät. Gleichzeitig steht sie für ehemals Verantwortliche zum Gespräch und zur Beratung zur Verfügung. Ich halte es für ein gutes Zeichen, dass dies bis heute – auch von den Opferverbänden - so akzeptiert ist.<sup>4</sup>

Überleitung zu den Aufgaben

### **20 Jahre LStU: Aufgaben**

1. Es geht immer noch darum, die unmittelbaren Folgen der Diktatur zu lindern, politisch Verfolgte zu rehabilitieren, Betroffene zu betreuen, die unter Folgen leiden, die Rückgabe von widerrechtlich Enteignetem, soweit es möglich ist. Davon ist schon vieles getan. Vieles ist noch offen. Im Nachgang zu unserer Tagung im Februar zu gesundheitlichen Folgeschäden nach politischer Verfolgung in der DDR wenden sich Betroffene an uns und berichten erstmalig über das Erlebte. Die Dunkelziffer der von Verfolgung Betroffenen ist enorm. Nach Professor Freyberger aus Greifswald ist das Verhältnis zwischen so genannten ‚sprechenden‘ Opfern, die ihre Erlebnisse mitteilen können zu so genannten ‚stummen‘ Opfern eins zu sieben. Zunehmend kommen Folgeschäden auch bei Angehörigen und in der nächsten Generation zur Sprache. Hier braucht es die Verantwortung und damit die praktische Antwort der Gesellschaft. Es wäre ein verheerendes Zeichen, wenn die Folgen politischer Verfolgung zum Privatproblem einzelner erklärt würden. Sie brauchen Anteilnahme, Betreuung und öffentliche Anerkennung.<sup>5</sup>
2. Es gibt es keine starke Tradition des ehrlichen Gesprächs zwischen ehemaligen Gegnern. . Aber für Demokratie braucht es Menschen, die Demokratie können. Dazu gehört Mitmenschlichkeit, Kommunikation, Ehrlichkeit, Verständnis und Klarheit. Meine Hoffnung ist, dass möglicherweise in repräsentativer Weise in Zukunft moderierte Gespräche möglich sein können. Roland Jahn hat ein solches Gespräch vor einem Jahr Gera geführt. Dies wäre ein Qualitätssprung.
3. Die Überprüfung auf Stasimitarbeit im öffentlichen Dienst, von Abgeordneten und in Aufarbeitungszusammenhängen sei hier genannt als Maßnahme zur politischen Hygiene. Dies hat in den 1990 Jahren eine wesentlich größere Rolle gespielt als heute und schlägt sich so auch in den Tätigkeitsberichten nieder. Sicher werden wir im Zusammenhang mit den anstehenden Kommunalwahlen hier eine Diskussion zu führen haben.

---

<sup>4</sup> Die Behörde der Landesbeauftragten, die vor 20 Jahren errichtet wurde, ist eine Institution gegen Verharmlosung, gegen Vergessen und Abwiegeln geworden. Für Aufklärung und vielleicht sogar als Beitrag zur Imprägnierung gegen Diktatur. Als Institution, die Forschung unterstützt ist sie auch ein Gegenmittel in Bezug auf übertriebene Skandalisierung und einseitige Schuldzuweisung.

<sup>5</sup> Am 24. und 25. Februar hat die Behörde der Landesbeauftragten in Kooperation mit anderen eine Tagung zu gesundheitlichen Folgeschäden von SED-verfolgten veranstaltet. Ich möchte Ihnen mit einigen Zahlen und Ergebnissen des Forschungsbeitrages von Professor Freyberger aus Greifswald verdeutlichen. Er erforschte die politische Verfolgung Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei arbeitete er heraus, dass Opfer politischer Verfolgung erhöhte gesundheitliche Risiken hinsichtlich somatische und psychosomatische Erkrankungen tragen, wie eine ca. dreifache Risikoerhöhung für koronare Herzerkrankungen, höhere Ansprechbarkeit oft niedrighschwellige Angstreize und zweifach erhöhten Schlaganfallrisiko, erhebliche erhöhte Unfallraten (4-6 fach), Verhaltens-und Beziehungsstörungen führen insgesamt zu einem schlechteren Krankheitsverhalten bei chronischen Erkrankungen und damit zu niedrigeren Überlebensraten z.B. bei Diabetes und Krebserkrankungen (4-8 fach erhöht). Daraus ist zu lernen, dass ein Teil der politisch Verfolgten objektiv aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage ist, die aktive Auseinandersetzung mit den Tätern zu führen.

4. Die Aufarbeitung ersetzt die fehlende Öffentlichkeit in der DDR. Als Beispiele: Die Informationen über die politische Repression der Jugendhilfe, die Instrumentalisierung der Justiz und der Bildung verändern den Blick auf die DDR wesentlich.  
Und damit soll die Aufarbeitung das verordnete Geschichtsbild der SED korrigieren helfen. Wir wollen erfahren, was wirklich war und wie es wirklich war.
5. Es braucht über die Einzelinformationen über die DDR hinaus Weltbilder, in die die verschiedenen Aspekte der DDR eingeordnet werden können. Viele sagen, dass doch nicht alles so schlecht gewesen sei in der DDR. Damit sagen sie mehr über sich selbst als über das politische System. Jenseits der Diskussion um den eigenen Aufenthaltsort in der DDR und die Frage ob das jeweils der richtige war, braucht es aber auch politische Bildung mit dem Ziel, die beiden Extreme der DDR Erinnerungen einordnen zu können: zu verstehen, dass es zu Diktatur gehört, dass es vielen gut geht und dass gegen jeden der vielen jederzeit aus politischen Gründen Maßnahmen ergriffen werden können. Fraenkels Doppelstaatstheorie könnte an dieser Stelle weiterhelfen.
6. Den Zusammenhang zu verstehen zwischen der ersten und der zweiten Diktatur. Dabei geht es nicht um Verharmlosung oder Relativierung, sondern darum, dass die DDR im Zusammenhang mit den Kriegsfolgen, der sowjetischen Einflussnahme und des kalten Krieges verstanden werden muss. Bei vielen Betroffenen beginnen die familiären biografischen Brüche in der Kriegszeit.
7. Das Gedenken an die Toten und an die Opfer. Sie sollten verschwiegen werden und damit namenlos gemacht. Dies ist aus Gründen der Menschenwürde zu verhindern. Meiner Vorgängerin ist an dieser Stelle insbesondere zu danken, dass sie sich um die Opfer der SBZ und der sowjetischen Militärtribunale verdient gemacht hat. In Zukunft wird es darum gehen, neue Formen des Gedenkens und der Anteilnahme zu entwickeln. Dazu gehört auch die Gedenkveranstaltung an Ernst Jennrich morgen im Magdeburger Landgericht.
8. Als letzten Punkt nenne ich die Anteilnahme, den Trost und die Frage. In vielen Gesprächen habe miterlebt, wie wichtig dies ist. Verfolgte müssen ihre Erinnerungen aushalten. Herr Rink gestatten Sie mir dieses persönliche Wort: ihre Schilderung ihrer eigenen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Grußworts zu unserer Tagung im Februar mich sehr bewegt: sie schilderten eine Wiederkehr ihrer eigenen Symptome aus diesem Anlass. Auch die Angehörigen- müssen mit ihren Erinnerungen, den Bildern, Ängsten leben. Sie bringen die Kraft auf und tragen wesentlich zu einer friedlich gebliebenen Revolution bei.  
Ich wünsche mir in der nächsten Zeit mehr Fragen als Behauptungen. Fragen eröffnen Gespräche, das Festhalten an Positionen führt nicht weiter. In der Stendal- Debatte der Volksstimme vermisse ich diese grammatische Form, die eine Haltung von Anteilnahme und Interesse am anderen bekundet.

Insofern ist es auch weiterhin Aufgabe der Landesbeauftragten zu zu hören, zu fragen, zu informieren, zu erinnern, zu widersprechen, aufzuklären und sachgemäß zu argumentieren.

Ich bedanke mich im Namen der Behörde und sicher auch vieler Bürgerinnen und Bürger, die in den letzten Jahren in Kontakt waren mit der LStU für Unterstützung und Weggemeinschaft und freue mich auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit.

Birgit Neumann-Becker

19. März 2014

Es gilt das gesprochene Wort